

Konstituierende Nationalversammlung. — 59. Sitzung am 11. Februar 1920.

278/I

K. N. V.

Anfrage

der

Abgeordneten Dr. Waber, Müller-Guttenbrunn, Dr. Angerer, Mayer, Dr. Straffner, Clessin, Dr. Wutte und Genossen an den Herrn Staatskanzler, betreffend den Streik in der Ankerbroßfabrik.

Mehr als 700.000 hungernde Wiener erhalten heute kein Brot, 40.000 Kilogramm Mehl, die für den Gärungsprozeß bereits angefäuert und zur Aufarbeitung hergerichtet sind, gehen in Wien zugrunde, während die Regierung sich abmüht, durch Bittgänge ins Ausland und Verpfändung von Staatsbesitz und Volksvermögen die Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren. Und warum? Weil 1800 Arbeiter in den Streik treten, da ein Arbeiter der Fabrik, der durch Jahre tadellos dem Unternehmen gedient und der sozialdemokratischen Gewerkschaft angehört hat, erklärt, daß er der Partei in Hinkunft nicht mehr angehören will, und weil der Unternehmer sich weigert, diesen Arbeiter ohne jeden Grund zu entlassen.

Die Regierung aber unterläßt es, den streikenden Arbeitern klar zu machen, daß sie eines Arbeiters wegen die Versorgung eines Drittels der Wiener Bevölkerung nicht in Frage stellen dürfen. Sie wahrt nicht die persönliche Freiheit des Arbeiters, sie wahrt nicht das Recht der Bevölkerung auf Brot, sie verhindert nicht das Verderben des angefäuerten Mehles, sondern nimmt gegen den Unternehmer Stellung, der seine Pflicht gegen die Bevölkerung und gegen die Arbeiter erfüllen will.

Dieser Vorfall zeigt, welche ungeheure Gefahren für die gesamte Bevölkerung der Terror

einer politischen Partei mit sich bringt. Der Vorfall beweist aber auch, daß die Regierung die in dem Koalitionsprogramm versprochene Koalitionsfreiheit nicht nur nicht schützt, sondern sich auf Seiten des Terrors stellt. Die Regierung setzt sich über die Staatsgrundgesetze hinweg, ohne zu erwägen, daß dadurch das Ausland zur Überzeugung kommen muß, daß in Österreich bolschewistischer Terror herrscht und die Rechtsordnung schwer erschüttert ist.

Die Gefertigten stellen daher die Anfragen:

„Wie rechtfertigt die Regierung ihr Verhalten, durch das die Ernährung der Wiener Bevölkerung gefährdet wird?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Bevölkerung in Hinkunft vor den Folgen solcher ungeheuerlicher Arbeitseinstellung zu bewahren?

Ist die Regierung geneigt, das durchaus Unzulässige und Verbrecherische einer solchen Handlungsweise den Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Koalitionsfreiheit zu wahren, die eine der Grundlagen jeder freiheitlichen Verfassung ist?“

Wien, 11. Februar 1920.

Wedra.
Kittinger.
Wimmer.
Schürff.

Dr. Ursin.
Grahamer.
Thanner.
E. Kraft.

Clessin.
Dr. Wutte.
Dr. Dinghofer.
Pauly.

Dr. Waber.
Müller-Guttenbrunn.
Dr. Angerer.
J. Mayer.
Dr. Straffner.